

GPP feiert Firmenjubiläum

Neue Geschäftsfelder für Stadtwerke

Timo Thalmann 07.09.2017

Das Bremer Beratungsunternehmen Göken, Pollak und Partner (GPP) feierte sein 125. Firmenjubiläum mit einer Podiumsdiskussion zur Digitalisierung. 200 Zuhörer verfolgten die Diskussion im Parkhotel.



Das Thema Kommunalwirtschaft diskutierten: (von links) Bernd Reichelt, Metin Pencereci, Petra Reiber, Rainer Otto, Peter Franke und Michael Bosse-Arbogast. (Frank Thomas Koch)

"Alle Riesen der Informationstechnik stehen in den Startlöchern, sich ihren Teil vom Kuchen bei der Digitalisierung in den Kommunen zu sichern", warnte Petra Reiber. Die langjährige Bürgermeisterin von Sylt plädierte darum auf der Podiumsdiskussion „Die Zukunft der Kommunalwirtschaft – Daseinsvorsorge 4.0“ dafür, die Rolle zum Beispiel von Stadtwerken zu stärken. Sie sollten künftig auf digitalen Diensten und Daten beruhende Geschäftsfelder entwickeln, die über den reinen Verkauf von Strom, Gas und Wasser hinausreichen. Mit diesem grundsätzlichen Standpunkt traf die Juristin und heutige Dozentin der Verwaltungsakademie Bordesholm den Nerv ihrer vier Mitstreiter auf dem Podium und der rund 200 Zuhörer im Parkhotel. Das Bremer Beratungsunternehmen Göken, Pollak und Partner (GPP) hatte anlässlich seines 125-jährigen Geburtstages zu dieser Diskussionsrunde in die Kuppelhalle des Hotels eingeladen. Die Firma zählt vornehmlich Stadtwerke und Kommunen zu ihren Klienten und nutzte das Jubiläum daher zur Kundenpflege. So setzte sich das Publikum aus Bürgermeistern, Stadtkämmerern und Geschäftsführern von Stadtwerken und anderen kommunalen Betrieben zusammen, die aus ganz Deutschland angereist waren. Der geschäftsführende Gesellschafter der GPP, Metin

Pencereci, bescheinigte seinen Kunden vom Podium aus dementsprechend natürlich eine zentrale Rolle bei der Digitalisierung. „Wer anders als die Stadtwerke ist denn geeignet, Themen wie Versorgung, Mobilität und Energiewende lokal und regional zusammen zu bringen?“, fragte der Wirtschaftsprüfer rhetorisch.

„Wohlfühlfaktor Kommune“

Wie auch Peter Franke von der Bonner Bundesnetzagentur begründete er diese zentrale Funktion der Stadtwerke, mit ihrer Erfahrung als spartenübergreifende Unternehmen, die schon immer so prinzipiell unterschiedliche Dinge, wie Strom- und Wasserversorgung mit öffentlichem Nahverkehr oder dem Betrieb von Schwimmbädern unter einem Dach vereinigt haben. Wenn jetzt zum Beispiel bei der Elektromobilität, Fragen des Verkehrsmanagements auf der einen Seite und der Aufbau von elektrischen Ladestationen auf der anderen Seite zusammengebracht werden müssten, seien die Stadtwerke gefordert. Bei zahlreichen künftigen digitalen Dienstleistungen spiele außerdem das Grundvertrauen in die jeweilige Heimatstadt eine Rolle. Pencereci sprach vom „Wohlfühlfaktor Kommune.“

Bernd Reichelt, Geschäftsführer der Stadtwerke Menden im Sauerland warb auf dem Podium für eine „Innovationskultur“ in den kommunalen Unternehmen, die nur möglich sei, wenn man über entsprechend motivierte Mitarbeiter verfüge. „Und das können meistens nur die sein, die schon da sind.“ Aus seiner Sicht bedeuten neue digitale Geschäftsfelder darum vor allem, sich von starren Hierarchien zu lösen. Ein zweiter wichtiger Aspekt von Reichelt: „Wir brauchen die Zustimmung unserer kommunalen Besitzer, zumindest in einer Zeit des Übergangs weniger Geld verdienen zu müssen.“

„Brot-und-Butter-Geschäft“ der Stadtwerke

Das war auch für Michael Bosse-Arbogast als Geschäftsführer der Stadtwerke in Hildesheim ein zentraler Punkt. Innovationsfreudige Stadtwerke bräuchten langmütige Anteilseigner, die nicht nur auf die Erlöse guckten. Den Verkauf von Kilowattstunden bezeichnet er als „Brot-und-Butter-Geschäft“ der Stadtwerke, deren Margen künftig ohnehin sinken. Damit spielte er auf den liberalisierten Energie-Markt mit seinen zahlreichen Preisvergleichsportalen an. „Hier bringt die Digitalisierung für den Grundversorger sicher keinen Vorteil.“ Umso entscheidender sei der Aufbau neuer Einnahmequelle, wie zum Beispiel das Management der durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen verursachten dezentralen Einspeisung von Energie in Strom-Verteilnetze, die dafür eigentlich nicht gedacht seien.

Bosse-Arbogast kritisierte aber auch die bundespolitischen Vorgaben und nannte als Beispiel, den künftig vom Gesetzgeber geforderten Einbau sogenannter Smartmeter in jeden Haushalt. Diese intelligenten Stromzähler sollen den Verbrauch zeitlich genau erfassen und dem Kunden beim Strom sparen helfen. „Doch die Kosten für die Verbraucher sind hoch, der Nutzen eher niedrig und niemand will das so“, meinte der Jurist. Den Stadtwerken machten sie aber den eingangs erwähnten vertrauensvollen Zugang zum Kunden zunichte.

Einigkeit zum Breitbandausbau

Weitgehende Einigkeit herrschte beim Thema Breitbandausbau. Pencereci als Vertreter des gastgebenden Unternehmens verglich die aktuelle Situation mit dem Aufbau der Stromnetze vor über 100 Jahren. „Als man damals gesehen hat, das

konkurrierende Anbieter in einigen Regionen drei Leitungen nebeneinander bauten und in anderen Orten nichts investierten, hat man das Konzessionsmodell entwickelt.“ Dabei verpflichtet sich ein Unternehmen zum flächendeckenden Netzausbau und -betrieb und erhält dafür über einen gewissen Zeitraum ein garantiertes Monopol.

Ob so ein Modell beim Ausbau leistungsfähiger Internetverbindungen heute funktionieren kann, ließ sich in den zwei Stunden der Diskussion nicht mehr klären. Einigkeit herrschte, dass Breitbandkabel heute genauso wie Strom-, Gas- und Wasserleitungen zur Daseinsvorsorge zählen sollten. Entsprechende gesetzliche Festlegungen fehlten jedoch.